

HORST TELTSCHIK

03. Oktober 2008

www.kas.de

Die deutsche Einheit - Welche außenpolitischen Chancen haben wir genutzt, welche haben wir versäumt?

VORTRAG VON HERRN PROF. HORST TELTSCHIK BEI DEM "WASSERWERK-
GESPRÄCH" AM 3.10.2008 IN BONN

Herr Ministerpräsident, lieber Herr Dr. Vogel,

herzlichen Dank für die lange und sehr lebenswürdige Einführung, sie hat mich ja beschämt, aber ich glaube, Sie haben in einem Punkt Recht. Wir haben damals in Bonn - und das war ja nicht zuletzt in diesem Hause - großartige Zeiten und Tage erlebt.

In meinem Vortrag will ich, ausgehend von der Geschichte, darlegen, welche Chancen sich damals eröffnet haben, welche Perspektiven sich ergeben haben. Und ich will die Frage stellen: haben wir die Chancen genutzt, die sich damals angeboten haben?

Liebe Frau Piepenschneider, liebe ehemalige Kollegen, ich freue mich, dass eine Reihe von Kollegen hier ist, die mit mir zusammen im Kanzleramt tätig waren. Sie erlauben, dass ich ein Wort an meine früheren Kollegen richte. Ich war bei der Eröffnung der neuen amerikanischen Botschaft in Berlin. Dort war der damalige amerikanische Präsident Bush. Er hat daran erinnert, dass die Wiedervereinigung nicht das Werk von zwei Männern war, also von George Bush sen. und Helmut Kohl, sondern das Werk zweier Teams. Das fand ich großartig, weil ich immer dankbar war für das Team, das ich zur Verfügung hatte, um den Aufgaben im Kanzleramt gerecht zu werden.

Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke für die Einladung und ich freue mich über das riesige Interesse. Ich bin ganz überrascht, dass an so einem schönen Tag in Bonn so viel Zuhörerinnen und Zuhörer hier sind. Für mich ist es ja ein Weg zurück an eine alte Wirkungsstätte. Ich habe hier sechs Jahre das Büro des Oppositionsführers Helmut Kohl geleitet und war dann acht Jahre im Bundeskanzleramt, habe also fünfzehn Jahre meines Lebens hier in Bonn verbracht. Es waren mit die spannendsten Jahre meines Lebens. Das wird Sie nicht überraschen.

Ein Blick kurz zurück. Heute vor zwanzig Jahren, also im Oktober 1988, war Helmut Kohl in Moskau. Und bei den Gesprächen mit dem Präsidenten Gorbatschow fiel das bekannte Wort des sowjetischen Präsidenten, "das Eis sei gebrochen". Damals ging es nicht um die Frage der Wiedervereinigung, damals ging es darum, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion auf eine neue Grundlage zu stellen. Gorbatschow und Kohl haben im Oktober 1988 vereinbart, dass sie sich im Jahr darauf in Bonn wiedersehen und bei dieser Gelegenheit eine gemeinsame Erklärung unterzeichnen wollten, um deutlich zu machen, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität erhalten sollen und es einen Neubeginn geben sollte.

HORST TELTSCHIK

03. Oktober 2008

www.kas.de

Im Oktober 1988 war nicht absehbar, was sich ein Jahr später ereignen sollte. Obwohl es bereits wichtige Entwicklungen gab - ich erinnere an die Solidarnosc-Bewegung seit 1980 in Polen. Ohne Solidarnosc wäre vieles nicht in Gang gekommen. 1989 kam es dann in Polen zum ersten Wechsel, von der letzten kommunistischen Regierung Rakowski zu Mazowiecki.

In Ungarn waren Miklos Nemeth und Grula Horn in die Regierung gekommen. Sie begannen das Land zu liberalisieren und standen im ständigen vertraulichen Kontakt mit der Bundesregierung, mit dem Bundeskanzleramt. Sie wussten damals noch nicht, wie weit sie bei der Öffnung ihres Landes nach innen und nach außen gehen konnten. Sie haben sich bei uns - beim Bundeskanzler - immer abgesichert: Wenn sie einer der bekannten "Strafaktionen" der Sowjetunion ausgesetzt sein sollten, wäre die Bundesrepublik bereit gewesen, einzuspringen und zu helfen. Das hat Bundeskanzler Helmut Kohl den Ungarn immer und uneingeschränkt zugesagt. Es waren ja dann die Ungarn, die im Sommer 1989 als erstes die Grenze für die DDR-Flüchtlinge geöffnet haben. Helmut Kohl hat deshalb im ungarischen Parlament gesagt: "Ungarn habe praktisch den ersten Stein aus der Mauer herausgelöst."

Wir haben natürlich 1988 schon deutlich sehen und erkennen können, dass Gorbatschow mit seiner Politik der Perestroika und Glasnost ernst macht und sein Land fundamental verändert.

Ein Jahr später ist die Mauer gefallen. Völlig überraschend. Helmut Kohl war an dem Tag gerade in Warschau angekommen. Wir wären nicht nach Warschau gereist, wenn wir gewusst hätten, am Abend fällt die Mauer. Aber dieses Ereignis kam für alle überraschend.

Aber, meine Damen und Herren, es hatte sich abgezeichnet, dass sich auch in Deutschland etwas verändern muss, vor allem in der DDR. Unsere Strategie war damals ganz einfach: Wir haben alle die Staaten im Warschauer-Pakt-System unter-

stützt, die wie Polen, wie Ungarn Reformen anstrebten. Wir haben Gespräche selbst mit Ceaucescu geführt und in Prag. Unser Ziel war es, die Reformpolitik zu unterstützen und den Druck auf die DDR zu erhöhen. Unsere Sicht war ganz einfach. Wir haben gesagt: Entweder wird der Druck auf die DDR so groß - nicht zuletzt auch durch die Politik Gorbatschows -, dass die DDR auch beginnen muss, Reformen einzuleiten, "zu liberalisieren". Das wird sie auf Dauer nicht überleben, das muss und wird dann in eine Wiedervereinigung einmünden. Oder die DDR kapselt sich ab, sie isoliert sich, und das wird sie auch nicht überleben. Das war unsere schlichte Strategie: Alle Staaten zu unterstützen, die im Warschauer Pakt Veränderungen eingeleitet haben, um eine Veränderung in der DDR zu erreichen. Beim Besuch Gorbatschows hier in Bonn, im Juni 1989, wurde eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet, auf die die damalige Regierung Helmut Kohl sehr stolz sein kann. Denn zum ersten Mal haben wir zwei Aussagen in diese Erklärung einbringen können, und zwar auf Initiative des Bundeskanzleramtes, um das mal klar zu sagen. Zum ersten Mal enthielt ein deutsch-sowjetisches Dokument zweimal den Begriff 'Selbstbestimmungsrecht der Völker'. Das war für uns sehr wichtig, weil jeder in Deutschland damals eigentlich gewusst haben sollte, was wir darunter verstanden haben. Gorbatschow und die sowjetische Seite waren bereit, dies zu akzeptieren. Und zum ersten Mal stand in einem gemeinsamen Dokument, dass beide Seiten das Völkerrecht nach innen und nach außen respektieren und akzeptieren werden.

Meine Damen und Herren, wie weit wir, selbst nach solchen Fortschritten, von dem Gedanken einer Wiedervereinigung entfernt waren, kann ich an einem Beispiel des CDU-Parteitags im September 1989 in Bremen schildern. Da haben wir in der Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl von drei Visionen gesprochen.

Die eine Vision: deutsche Einheit - Wiedervereinigung. Das war immerhin der Tag, an dem Ungarn die Grenze geöffnet hat. Wir haben in die Rede hineingeschrieben: Die Vision eines sich einigenden Europas. Und,

meine Damen und Herren, null Reaktion: Delegierte haben nicht reagiert, Medien haben nicht reagiert, sie interessierten sich nur für die Frage: Gelingt es Heiner Geißler und einigen anderen Helmut Kohl als Parteivorsitzenden zu stürzen oder nicht? Mit der Vision der deutschen Einheit haben wir uns auf die Gemeinsame Erklärung mit Gorbatschow berufen. Der einzige, der reagiert hat, war der damalige sowjetische Botschafter Kwizinski, der am Tag danach zu mir ins Büro kam und sagte: "Herr Teltschik, so nicht! So nicht!" Der Bundeskanzler könne sich nicht auf die Erklärung beziehen, wenn der vom 'Selbstbestimmungsrecht' der Deutschen spreche. Ich sagte: Jeder in Moskau musste wissen, als wir dieses Dokument formuliert haben, was wir in der Bundesrepublik Deutschland unter Selbstbestimmungsrecht verstehen. Aber null Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit. Im November fiel die Mauer, und 329 Tage später war Deutschland wieder vereinigt.

Ich möchte Ihnen ein Buch eines Nicht-Christdemokraten empfehlen: das neu erschienene Buch von Helmut Schmidt, gewissermaßen das Testament seines politischen Lebens. Er sagt dort: Die Zehn-Punkte-Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl sei eine große staatsmännische Leistung, denn sie bestehe darin, dass ein Staatsmann zum richtigen Augenblick die richtige Entscheidung treffe. Helmut Kohl hat damals weltweit das Signal gegeben: Wir Deutsche wollen die Wiedervereinigung. Und er ist, wie Sie wissen, marschiert wie ein Panzer – ein schlechtes Bild, das weiß ich, aber mancher hat das damals so empfunden. Mancher hat das so empfunden, vor allem einige unserer Bündnispartner, die sich schwer taten, die deutsche Einheit zu akzeptieren.

Meine Damen und Herren, so viel zur Geschichte. Ich will nur noch einmal zusammenfassen, was eigentlich von 1989 bis 1991 passiert ist. Es ist im Prinzip eine Revolution gewesen, die stattgefunden hat. Und wir alle sind Zeitzeugen gewesen, gerade hier auch in Bonn. Wir sollten uns an diese Jahre wirklich erinnern. Es macht einen betroffenen, wenn man heute in der neuesten "Zeit"-Ausgabe einen Artikel liest mit

der Überschrift "Land ohne Gedächtnis" (Die Zeit Nr. 41 vom 1.10.2008). Es heißt dort u. a.: "Den Deutschen in Ost wie in West gelingt es bis heute nicht, sich daran zu erinnern, wie das Leben im SED-Staat wirklich war. Es wird gelogen, geschwiegen oder gestritten." Das muss einen betroffen machen. Und ich sage Ihnen auch, warum.

Welche Veränderungen haben wir erlebt? Erstens: Deutschland wurde innerhalb von 329 Tagen wieder vereinigt. Wir haben unsere volle Souveränität zurück erhalten, ohne dass ein einziger Schuss gefallen ist. Meine Damen und Herren, die größte Sorge 1989 war bis in das Frühjahr 1990 hinein - nicht nur von Bundeskanzler H. Kohl, sondern von Gorbatschow, Bush und Mitterand - Margaret Thatcher hat sich etwas anders verhalten -, die größte Sorge war, dass ein sowjetischer Soldat oder ein DDR-Volkspolizist die Nerven verliert, zu schießen beginnt und ein unübersehbares Chaos ausbricht. Nicht ein Schuss ist in diesen Jahren gefallen. Alles ist friedlich verlaufen. Alle vier Siegermächte, alle Nachbarstaaten - in West und Ost, in Nord und Süd - haben der Wiedervereinigung zugestimmt. Aus diesem Grund konnte Helmut Kohl sagen: Deutschland hat keine Feinde mehr. Zum ersten Mal in unserer Geschichte.

Zweitens: Die deutsch-polnische Oder-Neiße-Grenze wurde völkerrechtlich endgültig anerkannt. Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie heiß und umstritten diese Entscheidung diskutiert wurde, gerade in diesem Haus. Ich selbst habe - Herr Ministerpräsident Vogel hat darauf hingewiesen - den Auftrag gehabt, 1989 eine gemeinsame Erklärung mit meinen Kollegen aus dem Bundeskanzleramt mit den Polen zu verhandeln. Ich war überrascht, ich war entsetzt, wie viel Hass auf beiden Seiten uns in dieser Zeit begegnet ist. Ich habe einmal im Fernsehen gesagt: Ich verhandele "im guten Geiste" mit Polen. Ich habe Schmähbriefe bekommen, in denen die Frage gestellt wurde: Wie kann man mit Polen im guten Geiste verhandeln?

Meine Damen und Herren, wer spricht seitdem von der Oder-Neiße-Grenze? Für mich ist das eines der überraschendsten Ergebnisse dieser Jahre. Die Grenze ist von allen akzeptiert. Im Bundestag gab es nur neun Enthaltungen. Sensationell! Darüber spricht keiner mehr, alles ist selbstverständlich.

Drittens: Der Warschauer Pakt hat sich friedlich und fast lautlos aufgelöst. Meine Damen und Herren, 500.000 sowjetische Soldaten haben sich friedlich aus Mitteleuropa zurückgezogen, allein 350.000 aus der DDR. Als 1994 die letzten sowjetischen Soldaten aus der DDR abzogen, hat eine Einheit der Sowjetarmee ein Lied in deutscher Sprache gesungen, das begann so: "Wir sind als Feinde gekommen; wir gehen als Freunde". Der Ost-West-Konflikt ist beendet, die bipolare Weltordnung gehört der Geschichte an, Europa ist wieder vereint. Die Sowjetunion hat sich friedlich in 15 souveräne Staaten aufgelöst. Die leninistisch-marxistische Ideologie in allen ihren Ausprägungen, mit ihrem globalen Totalitätsanspruch ist auf der Müllhalde der Geschichte gelandet. Es gibt zwar hier und da in Deutschland vereinzelt noch Kreise die versuchen sich nostalgisch zu erinnern, was es einmal gegeben hat, aber weltweit ist die Ideologie tot.

Wir haben in den achtziger Jahren, meine Damen und Herren, die weitest reichenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen im nuklearen, chemischen und konventionellen Bereich erreicht. Ich erinnere Sie als Bonner - der eine oder andere von Ihnen wird sich ebenfalls erinnern – an 400.000 Friedensbewegte in der Rheinaue. Sogar im Präsidium der CDU wurde der Bundeskanzler gefragt, ob es sein müsse, dass amerikanische nukleare Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden? Wenn wir, meine Damen und Herren, damals der Friedensbewegung gefolgt wären, stünden heute in Russland nukleare Mittelstreckenraketen, die auf Europa gerichtet wären, und wir hätten keine. Heute stehen auf beiden Seiten keine Mittelstreckenraketen mehr.

Warum? Weil es einen Bundeskanzler gab, eine Bundesregierung - der Außenminister

stand übrigens voll auf der Seite des Bundeskanzlers – die gewusst haben, was sie wollten, und die dies auch durchgesetzt haben. Für mich war dies immer ein Beispiel dafür, dass man auch mit unpopulären Entscheidungen, wenn sie richtig sind und wenn man selbst davon überzeugt ist, populär werden kann, denn im gleichen Jahr hat diese Regierung die Bundestagswahlen gewonnen. Viele haben aber Angst vor unpopulären Entscheidungen, selbst wenn sie richtig sind.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus haben sich neue Demokratien und Marktwirtschaften entwickelt. Welch eine Bilanz! Welch ein Kapital, das uns die Geschichte am Ende des blutigsten Jahrhunderts der Menschheitsgeschichte geschenkt hat. Und jetzt fragen wir uns: Haben wir mit diesem Kapital gewuchert? Es war die Politik von Präsident Gorbatschow, die das ermöglicht hat. Ich war bei seinem 75. Geburtstag in Moskau eingeladen und da gab es, wie noch in Russland üblich, zahlreiche Toasts, die man auf ihn ausbrachte. Es war Grigori Javlinski, der lange die einzig demokratische Partei in Russland geführt hat, die Jabloko-partei, der gesagt hat: "Er hat uns die Freiheit gegeben. Jetzt liegt es an uns, was wir aus dieser Freiheit machen." Das ist die richtige Antwort! Nicht immer zu fragen: Was macht ihr aus dem, was sich verändert hat? Sondern wir müssten uns selbst fragen, was machen wir mit einem Geschenk dieser Art.

Meine Damen und Herren, damals - 1990 - schien ein Traum Wirklichkeit zu werden, nämlich der Traum einer dauerhaften Friedens- und Sicherheitsordnung in Gesamteuropa. Der Traum einer neuen friedlichen Weltordnung und wachsender Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft in allen Teilen der Welt. Es wurde damals in den Medien viel - auch von Politikern - von der "Friedensdividende" gesprochen. Helmut Kohl hat am 4. Oktober 1990, also einen Tag nach der Wiedervereinigung, im Reichstag in Berlin verkündet: "Heute können wir der jungen Generation in Deutschland und Europa, der Generation unserer Kinder und Enkel, sagen, ihr habt alle Chancen auf ein Leben in Frieden und Freiheit.

Ihr habt alle Chancen, das Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten."

Gorbatschow hat in diesen Jahren stets die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses angesprochen, in dem alle europäischen Bewohner die gleichen Rechte, die gleichen Pflichten haben sollten, die gleiche Freiheit, die gleiche Sicherheit. Meine Damen und Herren, damals hat sich eine gewaltige Chance aufgetan. Vom 19. bis 21. November 1990 haben sich alle 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten - KSZE = Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - in Paris getroffen und die „Charta für ein neues Europa“ unterzeichnet. Sie wollten - ich zitiere - "mit dieser Charta ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit einleiten". Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas sei zu Ende gegangen. Die Beziehungen sollten künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen. In Europa, so war es der erklärte Wille aller 35 Präsidenten und Regierungschefs, sollte ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit anbrechen.

Ich spreche das an, weil ich dieses Ereignis bis zum heutigen Zeitpunkt - und Sie werden das noch verstehen - für außerordentlich bedeutsam halte. Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf Leitlinien geeinigt und festgelegt, wie das neue Europa aussehen sollte.

Erstens: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wörtlich: "Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken."

Zweitens: Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten. Alle verpflichteten sich, der Androhung oder Anwendung von Gewalt sich zu enthalten und Streitfälle friedlich beizulegen. Die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates sei untrennbar mit der Sicherheit aller verbunden.

Drittens: Verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Kultur.

Und zuletzt wollte man neue Strukturen und Institutionen des KSZE-Prozesses vereinbaren. Man hat einen Rat der Außenminister gegründet, ein Konfliktverhütungszentrum sollte eingerichtet werden. Wir haben damals im Bundeskanzleramt darüber nachgedacht, ob man die KSZE - also eine gesamt-europäische Friedens- und Sicherheitsordnung - stärker institutionalisieren sollte. Wir haben wie immer unseren intellektuellen Spielraum weidlich ausgenutzt. Wir haben sogar darüber nachgedacht, ob man einen eigenen gesamteuropäischen Sicherheitsrat gründen sollte, um die Sowjetunion, die Westeuropäer und die Amerikaner in eine gemeinsame Institution einzubinden.

Gorbatschow hat damals nach der Unterzeichnung wörtlich gesagt: "Unsere Aufgabe ist es jetzt, von der Diktatur zur Demokratie und von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft zu gehen."

Meine Damen und Herren, Martin Luther King hat einmal eine Rede begonnen mit den Worten: "I have a dream -" Sollten wir nicht auch einen Traum haben, einen Traum von Europa, von einem Europa von Vancouver bis Wladiwostok, geprägt von rechtsstaatlichen Demokratien, von Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit? Welch ein Traum! Welch eine Vision! In Paris ist dafür die Grundlage gelegt worden. Der französische Präsident François Mitterrand hat am 9. Mai 1991 in seiner Aachener Rede gesagt: "Europa hatte lange nicht so viele Gründe zur Hoffnung."

Meine Damen und Herren, zum ersten Mal in der Geschichte unseres Kontinents ist uns Deutschen gemeinsam mit allen Europäern die vielleicht unwiederbringliche Chance eröffnet worden, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, in dem alle europäischen Staaten nicht nur ihren Platz finden, sondern eine Hausgemeinschaft bilden können, eine Gemeinschaft freiheitsrechtlich-rechtsstaatlicher Staaten mit marktwirtschaftlichen Ordnungen.

Meine Damen und Herren, nach einem Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, über 100 Millionen Toten, Millionen von Flüchtlingen, zerbombten Städten, Massenvernichtungs-

anlagen, totalitären Systemen und Ideologien - was muss eigentlich noch geschehen, dass wir endlich aus der Geschichte lernen und beginnen, friedlich in Gesamt-Europa zusammen zu leben, zusammen zu arbeiten, Grenzen zu öffnen und Freunde und Partner zu werden?

Putin sagte im April 2008 in Bukarest: "Lasst uns Freunde sein, Leute!" Ja, gut gesagt. Meine Damen und Herren. „Wer keine Vision hat, kann weder große Hoffnungen erfüllen noch große Vorhaben verwirklichen. Insofern sind Visionen Führungsaufgaben, sie haben eine Wirkung in sich, weil sie Menschen begeistern können, Energien freisetzen und damit entscheidend dazu beitragen, dass eine Vision keine Illusion bleibt, sondern in der Zukunft zur Realität wird.“ Das hat kein Politiker gesagt, das hat ein Unternehmer gesagt, nämlich Helmut Maucher von Nestlé. Aber hat er nicht Recht? Gilt das nicht gerade auch für die Politik? Wo wären wir in Europa, wenn es nicht nach dem Kriege die Vision von Männern gegeben hätte, wie Churchill, der in seiner Züricher Rede 1946 von den Vereinigten Staaten von Europa gesprochen hat? Wenn es nicht Männer gegeben hätte wie Adenauer, de Gasperi und Robert Schuman, die diese Idee weiter verfolgt haben und die Europäische Gemeinschaft gegründet haben.

Und das gleiche gilt für die Vision Helmut Kohls vom September 1989 auf dem CDU-Bundesparteitag, Deutschland jetzt doch zu einigen.

Meine Damen und Herren, das in Paris skizzierte neue Europa ist mehr als eine Vision, weil es zum ersten Mal in der europäischen Geschichte die Chance gäbe, sie zu verwirklichen. Alle europäischen Staaten, auch die 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sind verpflichtet, die Charta zu erfüllen. Aber es war von Anfang an klar, dass eine solche Vision eine an Voraussetzungen gebundene war. Nämlich die Voraussetzung, dass gerade von unserer, der westlichen Seite, politische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung geleistet wird, dass wir bereit sind zur Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, um den politischen und wirtschaftlichen Systemwandel in

den ehemals kommunistischen Staaten erfolgreich gestalten zu können. Das heißt, das Ziel eines neuen Europas setzt den aktiven Gestaltungswillen aller Beteiligten voraus, eine solche gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung inhaltlich und institutionell zu entwickeln und durchzusetzen.

Doch Fakt ist, dass diese Chance, diese Vision praktisch von allen Beteiligten mehr oder weniger aus den Augen verloren wurde und nicht wirklich substanziell und kreativ weiter verfolgt wurde. Wir wissen, wie es weitergegangen ist. Zwar ist das Ende der Geschichte nicht gekommen, wie es Francis Fukujama 1992 prophezeit hatte. Schon im August 1990 hat der Irak das Nachbarland Kuwait überfallen. Wäre Kuwait vier Monate früher angegriffen worden, hätten wir Probleme mit der Wiedervereinigung bekommen. Wir haben das große Glück gehabt, dass es genau in der Phase der Wiedervereinigung keinen großen internationalen Konflikt gab, der das Hauptaugenmerk der Amerikaner, der Sowjetunion der Franzosen und der Briten von uns abgelenkt hat. In dem Augenblick, als Kuwait überfallen wurde, haben die Amerikaner sich nur noch um den Irak und den Nahen und Mittleren Osten gekümmert. Zum Glück hatten wir zu diesem Zeitpunkt die entscheidenden Dinge geregelt.

Meine Damen und Herren, im gleichen Jahr (1990) hat sich die Krise in Jugoslawien angekündigt. Sie hat zu vier Kriegen mit hunderttausenden von Toten geführt. Dies bedeutet: Aus der Traum vom Weltfrieden. Aus der Traum vom Frieden in Europa. Trotz des Endes des Ost-West-Konflikts? Oder vielleicht gerade deshalb?

Meine Damen und Herren, seit 1990 haben wir weltweit über 300 bewaffnete Konflikte mit Millionen von Toten erlebt, darunter über zwei Millionen Kinder und Millionen von Flüchtlingen. Und ein Ende ist nicht absehbar. Hinzu kamen die apokalyptischen Terroranschläge in New York, Washington, Madrid, London - um nur einige zu nennen. Die Krisen im Nahen und Mittleren Osten haben sich verschärft, die Lage in Afghanistan ist ein Alptraum, der Krieg im Libanon

konnte nur mit Mühe eingedämmt werden. Nordkorea hat seine erste Atombombe gezündet, der Iran ist auf dem Weg, eine Nuklearmacht zu werden, die Flüchtlingsströme in Afrika und die Emigration nach Europa nehmen zu.

Auch Europa selbst ist nicht zur Ruhe gekommen. Sie kennen die Vielzahl der Konflikte, zuletzt der Fünftagekrieg in Georgien. In diesem Zusammenhang gab es Kommentatoren, die davon sprachen, ein neuer Kalter Krieg drohe. Das war ein heißer Krieg, meine Damen und Herren, er hat zwar nur fünf Tage gedauert, aber er war äußerst heiß. Bei manchen Kommentatoren habe ich den Eindruck, dass sie über den Kalten Krieg reden, weil sie dann wissen, wie die Welt aussieht. Im Kalten Krieg war es war so einfach, da wusste man, wer der Gegner ist, da wusste man, wie man sich verhält. Heute ist die Welt komplexer. Ich habe den Eindruck, manche wollen den Kalten Krieg richtig herbeireden.

Meine Damen und Herren, es ist ja auch amüsant gewesen, dass man plötzlich von 'Frozen Conflicts' gesprochen hat, von eingefrorenen Konflikten, in Georgien, in Transnistrien in der Republik Moldau, in Nagorny Karabach in Armenien. Das sind Konflikte, die wir seit 20 Jahren kennen! Sie waren eingefroren. Wer in Europa hat sich eigentlich in diesen 20 Jahren um diese Konflikte gekümmert? Ukraine - wer hat sich um die Ukraine bis zur orangenen Revolution wirklich gekümmert? Es war kein Kanzler dort. Unser Außenminister in der Rot-Grünen Regierung war einmal für einige Stunden in der Ukraine, aber dann ist er gleich wieder weg. Es war ja damals auch nicht so spannend gewesen.

Es ist schon sensationell, dass wir immer erst den Konflikt brauchen, bis wir darauf kommen, dass etwas getan werden müsste. Unser jetziger Außenminister hat ja noch das Gespür gehabt, etwas zu tun. Er war vor Ausbruch des Konflikts noch in Georgien, Abchasien und in Moskau. Allerdings ohne Resonanz; vermutlich ist eine solche Einzelaktion nicht wichtig genug, wenn man sie nicht im Konzert der Europäischen Union oder darüber hinaus durchführt.

Wir sehen, dass diese Konflikte in immer stärkerem Maße regionale oder sogar globale Dimensionen annehmen, die es notwendig machen, dass nicht einzelne sondern die internationale Gemeinschaft Verantwortung übernimmt. Es war Helmut Kohl, der nach der Wiedervereinigung am 4. Oktober 1990 gesagt hat: "Dem vereinten Deutschland wächst eine größere Verantwortung in der Völkergemeinschaft zu - nicht zuletzt für die Wahrung des Weltfriedens."

Spätestens nach der Wiedervereinigung war deutlich geworden, meine Damen und Herren, dass das viel zitierte Wort von Bundeskanzler Helmut Schmidt: "Deutschland ist ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg" nicht mehr zutraf. Das hat übrigens auch vor der Wiedervereinigung keiner geglaubt - um das nur mal hinzuzufügen. Ich habe mich immer an das israelische Wort erinnert: "Mach dich nicht so klein, so groß bist du gar nicht."

Nichts sollte sich schneller bewahrheiten, meine Damen und Herren, als die Aussage Helmut Kohls, dass Deutschland größere internationale Verantwortung übernehmen muss. Haben wir das nach 1990 getan? Ich stelle Ihnen eine Frage - sicher können Sie einwenden, das sei reine Theorie. Trotzdem stelle ich die Frage als Denkanstoß: Warum haben wir den Balkanstaaten erst nach vier Kriegen, nach dem schrecklichen Tod von hunderttausenden Menschen, die Perspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union angeboten und einen Stabilisierungsfonds zur Verfügung gestellt, damit sie dieses Ziel erreichen können? Hätten wir ihnen das nicht vielleicht von Anfang an anbieten sollen, um eine solche Entwicklung vielleicht gar nicht in Gang kommen zu lassen? Muss-ten wirklich erst vier Kriege geschehen, um ihnen zu sagen: ihr bekommt die Chance, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten? Wir geben euch auch das Geld dafür, damit ihr das auch schafft. Deutsche Soldaten stehen im Kosovo. Sie verteidigen die deutsche Sicherheit auch am Hindukush in Afghanistan, so der ehemalige Verteidigungsminister Struck. Ich habe damals gesagt: Viele Deutsche wussten gar nicht, wo der Hindukush war. Viele haben im Zweifel erst im Atlas nachgeschaut. Glauben Sie

wirklich, dass unsere Sicherheit vom Hindu-kush abhängt? Deutsche Soldaten beteiligen sich an EU-Missionen in Bosnien-Herzegowina, sie wurden in der Demokratischen Republik Kongo eingesetzt. Meine Damen und Herren, warum waren wir im Kongo und nicht in Darfur? Warum waren wir im Kongo und nicht in Zimbabwe? Nur eine Frage. Ist Ihnen das erklärt worden, ist uns das erklärt worden? Ist uns erklärt worden, warum Afrika für uns wichtig ist oder nicht? Hat Afrika strategische Bedeutung für uns oder nicht? Ist das nicht sehr zufällig, was wir hier alles betreiben? Warum diskutieren wir solche Themen nicht in Deutschland? Unsere Bundeswehr ist heute Teil der UN-Missionen in Sudan, in Äthiopien und Eritrea, in Georgien und vor der Küste Libanons. Jetzt sollen sie ans Horn von Afrika, sie sollen aber angeblich nicht schießen dürfen. Das kann man sich richtig vorstellen, wie dann die Piratenboote und unsere Schiffe sich wechselseitig zuwinken und wir ihnen zurufen: Haut's ab, ihr habt hier nichts verloren! Und dann werden die sagen: Ja, wenn ihr das sagt, dann fahren wir auch nach Hause. Sie fürchten sich schon vor uns. Nach Peter Struck soll die Bundeswehr weltweit einsetzbar sein. Ist das wirklich unser Interesse? Ich stelle diese Frage, um einfach deutlich zu machen: Warum diskutieren wir solche Themen nicht in Deutschland und auch kaum im Bundestag? Entsprechen die Themen wirklich den deutschen Sicherheitsinteressen?

Ein Blick auf Europa zeigt, dass wir noch einen langen Weg in Richtung eines gemeinsamen europäischen Hauses zu gehen haben. Wohin geht Russland? Das können wir abschließend nicht beantworten. Ein Freund in Moskau hat einmal gesagt, als ich fragte, wie geht's euch denn: Horst, wir gehen einen Weg, von dem wir nicht wissen, wohin er führt, aber wir gehen ihn bis ans Ende.

Die Ukraine hat noch nicht ihren endgültigen Kurs gefunden. Staaten wie Weißrussland und die Zentralasiatischen Republiken sind noch meilenweit von einer Demokratie entfernt. Der Kaukasus bleibt eine Konfliktregion, da werden sich auch die Russen noch wundern. Sie haben heute in Dagestan

allein tausend Koranschulen. Stellen Sie sich mal vor, was sich da abzeichnen kann. Es gibt Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung in Russland, dass in fünfzig Jahren die Mehrheit der Russen Moslems sind. Das ist dann auch unser Problem, wenn das so käme. Der Balkan bleibt ein Unruheherd.

Meine Damen und Herren, 1991 hat Präsident Bush eine neue Weltordnung ange-mahnt. Er war der erste, der gesagt hat, wir brauchen eine neue Weltordnung. Seine Aufforderung blieb ohne jede Resonanz. Eine neue Weltordnung hat sich aber ergeben, mehr oder weniger von selbst. Die USA sind - ob auch jetzt noch nach der Banken-krise muss sich zeigen - aber waren zumin-dest bis zur Bankenkrise die einzige und fast uneingeschränkte Weltmacht. Sie sind es militärisch auch noch. Schauen Sie sich den Verteidigungshaushalt für das nächste Jahr an: Über 600 Milliarden Dollar trotz der einen Billion Dollar, die sie jetzt für die Ban-kensanierung ausgeben. Die Amerikaner haben weitgehend die politische Agenda auf der internationalen Bühne bestimmt. Sie geben die sicherheitspolitischen Leitlinien vor. Aber, meine Damen und Herren, sie sind auch immer noch die Hauptquelle wis-senschaftlicher und technischer Innovatio-nen, sie üben immer noch die größte Anzie-hungskraft auf die Eliten dieser Welt aus und ihre zivilisatorische Attraktivität ist weltweit ungebrochen. Sie können zwar in deutschen Zeitungen Artikel lesen, ob wir das Ende der Ära der USA erleben. Ich wäre da sehr zurückhaltend. Vor allem würde ich fragen, ob das wirklich in unserem Interesse wäre, dass sich die USA weltweit verab-schieden würden. Denn wenn es dann ir-gendwo zur Krise käme, wenn es zum Bei-spiel in Nordkorea zur Krise käme, würden wir Europäer dann die Verantwortung für die Amerikaner übernehmen? Oder in La-teinamerika oder in Afrika? Die Europäer wären die ersten, die wieder sagen würden: "Ja, wo sind die Amerikaner, warum tun die denn nichts? Wir können doch nicht! Wir sind doch viel zu friedlich!

Meine Damen und Herren, was die interna-tionale Weltordnung anbetrifft, hat eigent-lich dieser Präsident Bush, den wir alle rela-tiv begrenzt oder auch gar nicht mögen, ei-

ne sehr kluge Entscheidung getroffen. Er hat nach dem Terroranschlag die Weltgemeinschaft zu einer gemeinsamen Aktion aufgefordert. Er hat eine Art weltweite Allianz gegen den Terrorismus geformt. Sie wissen, dass sich alle NATO-Mitgliedstaaten sofort hinter die USA gestellt und Art. 5 zum ersten Mal in der Geschichte der NATO in Kraft gesetzt haben. Sie erinnern sich an das damalige Wort von Bundeskanzler Schröder von der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA. Das hätte Helmut Kohl nie gesagt! Alle großen Staaten haben sich der Allianz angeschlossen: Russland, China, Japan, Indien, viele andere, alle mit dem gemeinsamen Ziel, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, leider ist diese weltweite Gemeinsamkeit, einer gemeinsamen Gefährdung zu begegnen, mit der Entscheidung, den Irak militärisch anzugreifen, zerbrochen. Jetzt wird von vielen eine multipolare Welt gefordert. Und wenn Sie die bilateralen Communiqués China – Russland; Russland – Indien lesen, wird immer die multipolare Welt gefordert. Meine Damen und Herren, die Pole sind bekannt. Pole wären die USA, Russland, China, Indien, Brasilien und vielleicht, oder hoffentlich, wenn wir eine gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zustande bringen, Europa.

Meine Damen und Herren, ich frage aber: Wäre eine solche Welt friedlicher? Würde ein solches System rivalisierender Pole nicht ständig vor der Versuchung stehen, wechselnde Interessenkoalitionen zu bilden, und zwar immer gegen andere gerichtet? Denken Sie an die Bündnispolitik Bismarcks zurück, der nichts anderes getan hat, als zu versuchen, Mächtekoalitionen in Europa gegen Deutschland zu verhindern, gegen die europäische Mitte. Wir erleben jetzt schon bei den WTO-Verhandlungen, wie sich Indien, Brasilien und teilweise China gegen die USA und Europa verbünden. Wäre eine solche multipolare Welt eine sichere Welt? Ich glaube, nicht. Was wir brauchen, ist keine multipolare Welt - was wir brauchen, sind globale Allianzen zur Lösung gemeinsamer Probleme - sei es Umwelt, sei es Terrorismus. Es gibt ja kaum noch innenpolitische Themen, die Sie national lösen kön-

nen. Sie brauchen heute die weltweite Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, auf der 43. Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 hat Präsident Wladimir Putin deutliche Kritik an der Politik der USA und der Europäer geübt. Er hat aus meiner Sicht zu Recht fehlende Bemühungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie auf dem Feld der Nichtverbreitung nuklearer Systeme beklagt. Er hat dem Westen Einseitigkeit in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorgeworfen, er hat die Entwicklung der OSZE - das war die frühere KSZE - kritisiert. Die OSZE sei geschaffen worden, um die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit auf allen Ebenen zu entwickeln und vor allem zu verknüpfen - militärisch, politisch, wirtschaftlich und im humanitären Bereich. Jetzt, so sagte er, sei der Westen dabei, diese Balance zu zerstören. Jetzt versuchten Mitglieder, die OSZE in ein Instrument zur Durchsetzung der außenpolitischen Interessen eines Landes oder einer Gruppe von Ländern zu transformieren. Die Rede von Putin, die damals große Wirkung hatte und die bis heute weltweit zitiert wird, ist es die Summe aller seiner Beschwerden.

Wie hat der Westen, wie haben die Europäer auf diese Rede reagiert? Aus meiner Sicht war die Reaktion sowohl der Amerikaner wie der Europäer ernüchternd, wenn nicht sogar beschämend. Sie wollen bis zur Stunde nicht wahrhaben, dass es Putin um mehr ging als nur um die amerikanischen Raketenabwehrsysteme in Polen und in der Tschechischen Republik. Putins Rede war von Anfang an die Anfrage an die USA und an die Europäer, wie wir zukünftig die Beziehungen zu Russland gestalten und welche Rolle wir Russland in Europa und international zuerkennen wollen. Sind die USA und die Europäer bereit, Russland als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren und in eine gemeinsame internationale Zusammenarbeit einzubeziehen oder werden sie sich über die russischen Interessen hinwegsetzen und weiterhin versuchen, Russland gegenüber den Lehrmeister zu spielen? Um nichts anderes ging es Putin, und er hat diese Anfrage an einer Reihe von Beispielen festgemacht.

HORST TELTSCHIK

03. Oktober 2008

www.kas.de

Meine Damen und Herren, zieht man eine Bilanz dieser Entwicklung, kann man sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, Ziele und Intentionen der Pariser Charta für ein neues Europa sind nicht weiter verfolgt worden. Von diesen Zielen ist wenig bis nichts übrig geblieben. Bedeutet dies, dass der Traum von 1990 geplatzt ist?

Die Antwort darauf ist zusammenfassend weder ein eindeutiges Ja noch ein eindeutiges Nein. Vom europäischen Standpunkt aus könnten wir sagen: Wir gehen in diese Richtung. Wir haben die Europäische Union erweitert, wir haben heute 27 Mitgliedstaaten, wir verhandeln mit der Türkei, die Balkanstaaten stehen vor der Tür. Wir haben die NATO erweitert auf 26 Staaten. Wir haben versucht, Russland einzubeziehen. Wir haben den NATO-Russland-Rat gegründet. An diesen Beispielen zeigt sich, wie man mit Russland umgehen kann. Der NATO-Russland-Rat ist zu dem Zeitpunkt gegründet worden, als wir die baltischen Staaten – ehemalige sowjetische Republiken - in die NATO aufgenommen haben. Putin hat mir in einem Gespräch einmal gesagt: "Ich habe das innenpolitisch akzeptieren können, weil ich die Kompensation bekommen habe, dass der NATO-Russland-Rat gegründet wurde." Wir haben 1997 das Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland abgeschlossen. Deutschland hat unter Gerhard Schröder eine ‚strategische Partnerschaft‘ mit Russland verkündet, die Europäische Union hat das gleiche getan. Was heißt aber: strategische Partnerschaft mit Russland? Es ist bis heute eine Worthülse ohne Substanz geblieben.

Es war Präsident Clinton, der - praktisch in Fortsetzung der Pariser Charta - die Initiative "Partnership for Peace" gegenüber Mittel- und Osteuropa gestartet hat. Aber die Amerikaner starten häufig eine Initiative und vergessen sie dann sehr schnell, wenn die Europäer sie nicht weiter vorantreiben. Es war Clinton, der 1997 Jelzin die NATO-Mitgliedschaft angeboten hat. Die Antwort von Jelzin war, das sei zu früh für Russland. Und jetzt frage ich Sie: Warum können wir

uns nicht vorstellen, um den Sicherheitsinteressen Russlands auch einmal ein Stück zu entsprechen, Russland anzubieten, eines Tages, wenn sie sich weiter in die rich

tige Richtung entwickeln, Mitglied der NATO zu werden?

Wir haben Russland im Jahr 1997 in die G7 geholt. Es werden Verhandlungen geführt über die Mitgliedschaft Russlands in der WTO. Wir haben eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, um Russland einzubinden. Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat übrigens 1989/90 22 Verträge und Abkommen mit der Sowjetunion geschlossen, und zwar nicht nur als unmittelbare Folge der Wiedervereinigung, sondern mit dem erklärten Ziel, die Sowjetunion in Europa einzubinden.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt demgegenüber auch viele Versäumnisse. Die OSZE ist verkümmert. Putin hat mir einmal erzählt, dass Prodi als ehemaliger EU-Kommissionspräsident nach Moskau kam und eine gesamteuropäische Freihandelszone anbot. Putin fragte mich einmal, mit wem er in Europa darüber hätte verhandeln können? Er sei dafür. Eine solche Initiative hat innerhalb der EU nur eine Chance, wenn ein Mitgliedsland sich zum Motor eines solchen Prozesses macht.

Bundeskanzlerin Merkel hat im Februar 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz und auch in diesem Jahr mehrfach gesagt: "Die NATO muss die Beziehungen zu Russland weiter entwickeln." Was heißt das? Hören und sehen Sie etwas, was dies inhaltlich bedeutet? 2007 ist das Partnerschafts- und Freundschaftsabkommen zwischen der EU und Russland ausgelaufen. Der Neubeginn von Verhandlungen ist lange von Polen blockiert worden und hat dann im Juli 2008 begonnen. Jetzt denkt man darüber nach, soll man verhandeln oder soll man wegen des Georgien-Konflikts nicht verhandeln. Ich halte es für grundsätzlich falsch, wenn man diese Verhandlungen nicht gerade jetzt mit voller Kraft voran bringt und überlegt, ob man zum Beispiel auch Sicherheitsthemen einbezieht. Den Durchbruch Helmut Kohls in der Frage – "Soll ein wiederverei-

nigtes Deutschland Mitglied der NATO sein oder nicht?" - haben wir im Frühjahr 1990 erreicht, weil wir der Sowjetunion den Vorschlag gemacht haben, einen zweiseitigen Vertrag zwischen Deutschland, zwischen dem wiedervereinigten Deutschland, und der Sowjetunion, über Zusammenarbeit, Partnerschaft und Freundschaft zu schließen. Ein Abkommen, das auch sicherheitspolitische Angebote enthielt, weil ein Berater von uns - Prof. Boris Meissner – gesagt hat: "Denken Sie daran, die Sowjetunion war immer interessiert an solchen Verträgen, die auch Sicherheitsthemen einbezogen haben". Und als Schewardnadse dann im Mai 1990 zu Helmut Kohl kam und sagte: "Genau das ist das, was uns noch gefehlt hat", war das eine Bestätigung. Deshalb müssen wir dem großen Sicherheitsbedürfnis Russlands Rechnung tragen und Angebote machen, wo immer es möglich ist. Damit die russische Führung lernt, dass Westeuropa, die NATO und die EU keine Gefährdung der russischen Sicherheitsinteressen darstellt, sondern genau das Gegenteil.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig haben sich die Interessenkonflikte zwischen USA und Russland verschärft. Zu nennen sind das Eingreifen der NATO im Kosovo und das Raketenabwehrsystem in Polen und in Tschechien mit den Radarsystemen. Bitte versetzen Sie sich in die Position Russlands - wenn Sie sich die Geschichte Russlands in Erinnerung rufen - es werden Raketen in Polen aufgestellt, es werden Radarsysteme in der Tschechischen Republik aufgestellt, es werden jetzt amerikanische Stützpunkte in Rumänien und Bulgarien errichtet. Es sind amerikanische Militärberater in Georgien. Es gibt einen amerikanischen Stützpunkt in Kirgisien. Stellen Sie sich dies einmal auf der Landkarte vor! Die NATO kommt näher. Dann wird darüber gesprochen, Georgien und die Ukraine in die NATO zu holen. Was denkt sich da ein normaler Russe? Was haben die USA denn mit uns vor? Warum machen die das? Vor diesem Hintergrund habe ich viel Verständnis für die russischen Interessen. Es sei denn, wir bieten Russland Alternativen wie eine NATO-Mitgliedschaft oder andere Vorschläge. Oder wir greifen das auf, was vor kurzem der russische Präsident Medwedjew vorge-

schlagen hat. Und damit kommen wir wieder zum Ausgangspunkt zurück. Medwedjew hat am 12. Juli 2008 in Berlin in einer öffentlichen Rede ein neues außen- und sicherheitspolitisches Konzept für die Neustrukturierung der europäischen Sicherheitsarchitektur vorgestellt. Sein NATO-Botschafter hat das Konzept in Brüssel erläutert. Medwedjew will eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz als Grundlage für einen neuen rechtlich verbindlichen europäischen Sicherheitsvertrag. Er will das gemeinsame Erbe Europas von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechten und einem geeinten Europa verwirklichen von Vancouver bis Wladiwostok. Medwedjew hat eine breite Definition von Sicherheit. Er führt an: Klimawandel, illegale Migration, globale Armut, Rüstungskontrolle, Energie, wirtschaftliche Verflechtung, visa-freier Reiseverkehr, Stärkung des Völkerrechts unter internationalen Organisationen. Leider erfolgte bisher keine Antwort der Europäer und der Amerikaner auf diesen Vorschlag. Der Georgienkonflikt kam dazwischen, aber auch vorher gab es keine Antwort.

Im Prinzip knüpft das Konzept an die Charta von Paris von 1990 an. Ich frage mich schon: Warum sind wir nicht bereit, darüber zu reden? Da wird im Gegenteil sofort die These aufgestellt: "Der will doch nur die NATO zerstören." Dann müssen wir Russland sagen: "Die NATO steht nicht zur Disposition." Wir sind bereit, eine gesamteuropäische Friedensordnung zu vereinbaren. Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch einige bei uns, für die die NATO überflüssig ist. Aber dazu darf ich über folgendes Ereignis berichten: Im Mai 1990 war ich in Moskau, um mit Gorbatschow vertraulich über einen fünf Milliarden Kredit für die Sowjetunion zu sprechen. Die Sowjetunion wäre Ende Juni 1990 zahlungsunfähig gewesen, wenn wir den Kredit nicht gegeben hätten. Können Sie sich vorstellen, was das für eine Weltmacht bedeutet hätte? Aber ich musste Gorbatschow zu verstehen geben, dass, wenn wir den Kredit geben - und der Bundeskanzler war dazu bereit -, dann muss er Teil des Gesamtpakets zur Lösung aller Fragen sein. Damals sagte Gorbatschow zu mir: "Herr Teltschik, was brauchen Sie noch die NATO? Wir sind doch jetzt Freunde und

Partner!" - Ich habe ihm damals geantwortet, ohne dass ich die Weisung des Bundeskanzlers hatte, aber weil ich zutiefst davon überzeugt war und immer noch bin, "Herr Präsident, wahrscheinlich brauchen wir die NATO nicht mehr wegen der Sowjetunion, aber denken Sie daran, dass wir Deutsche Nachbarn haben wie Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Polen etc., die mit einem wiedervereinigten starken Deutschland leichter zusammenleben können, wenn wir im gleichen Bündnis sind."

Und jetzt erinnern Sie sich, wie die Polen ständig nervös auf uns reagieren. Wir brauchen die NATO auch wegen uns! Wir sind keinesfalls die Beliebtesten in Europa und die am wenigsten Gefürchteten. Wir haben eine wechselvolle Geschichte hinter uns. Und dessen müssen wir uns bewusst sein, aber das müssen wir auch unseren Partnern sagen.

Wir haben mit Russland viele gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Interessen. Denken Sie an Non-Proliferation, Terrorismus, Afghanistan, Nahen und Mittleren Osten. Viele dieser Fragen können wir ohne Russland nicht lösen.

Meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich noch über die Europäische Union sprechen, aber angesichts des Zeitbudgets schenke ich mir das jetzt. Die EU ist ja die zweite große Leistung, die wir weiter verfolgt haben. Ich will zur Europäischen Union vielleicht nur zwei, drei Punkte sagen. Die Vertiefung und die Erweiterung konnten nie eine Alternative sein. Die Erweiterung der Europäischen Union ist auch ein "window of opportunity". Würden wir heute beginnen, die Europäische Union und die NATO zu erweitern angesichts eines wieder erstarkten Russland, hätten wir wesentlich mehr Probleme. Wir konnten die Erweiterung vollziehen und damit Europa stabilisieren. Aber die Erweiterung erfordert auch die Vertiefung. Wir haben nur folgendes Problem bei der Vertiefung. Wir wissen nicht, was das Ziel der Integration ist. Ist es das Ziel - wie es im Parteiprogramm der CDU bis 1990 stand - die Vereinigten Staaten von Europa zu erreichen? Es muss ja nicht identisch sein mit Vereinigten Staaten von Amerika. Aber die

CDU redet nicht mehr über ein solches Ziel. Ist es ein Staatenbund? Ist es eine europäische Freihandelszone? Wir sitzen praktisch in einem Zug, der in Richtung Integration fährt und dessen Geschwindigkeit zunimmt. Wir wissen aber nicht, wo dieser Zug hinfährt, was der Zielbahnhof dieses Zuges ist. Hier liegt aus meiner Sicht ein Kernproblem der Europäischen Union.

Bei der Erweiterung wissen wir auch nicht, wie weit wir gehen sollen. Und der ganze Erfolg Europas hing ab vom Motor Deutschland - Frankreich. Ich zweifle ob dieser Motor noch tätig ist. Deshalb stelle ich die Frage: "Warum überlegen wir nicht, in Richtung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten zu gehen? Sollte David Cameron, der Chef der Konservativen Partei in Großbritannien die Regierung übernehmen, wird er alles tun, um Europa zu bremsen."

Meine Damen und Herren, dann werden wir gar keine andere Alternative haben, als unterschiedliche Geschwindigkeiten zu verfolgen.

Aber wer übernimmt in Europa die Führung? Die Frage, die sich international immer stellt, ist: Wer in Europa ist bereit, international gegenüber Russland, innerhalb der Europäischen Union, innerhalb der Transatlantischen Gemeinschaft die Führung zu übernehmen? Wir haben in den achtziger Jahren Erfolg mit den amerikanischen Partnern gehabt, weil wir ihnen immer wieder gesagt haben, was unser Interesse ist. Wir haben Präsident Reagan 1984 in einem gemeinsamen Kommuniqué dazu gebracht, gegenüber der Sowjetunion festzuschreiben, wieder mit der Gipfeldiplomatie zu beginnen und die Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen, weil wir sonst keinen Bewegungsspielraum gehabt hätten. Bundeskanzler Helmut Kohl hat 1989 beim Zehn-Punkte-Plan Bush nicht gefragt, ob er das machen darf, sondern hat ihn informiert! Weil er wusste, was er wollte. Die einzige Bedingung war: Wir müssen es den amerikanischen Freunden sagen. Wir müssen sie aber nicht fragen! Das ist der Unterschied. Und die Frage ist: Wissen wir, was wir wollen? Und sagen wir es den Amerikanern?

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HORST TELTSCHIK

03. Oktober 2008

www.kas.de

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich glaube, am Ende doch sagen zu können, wir Europäer haben Anlass zur Dankbarkeit. Seit 1990 haben sich Chancen eröffnet, von denen die Generationen nicht mal zu träumen wagten. Wenn wir diese Chancen nutzen wollen, brauchen wir aber Politiker, Wirtschaftsführer, aber auch gesellschaftliche Eliten mit historischem Verständnis, mit Weitblick, mit der Fähigkeit konzeptionell und strategisch zu denken - nicht nur zu entscheiden und zu handeln. Wir sind als Deutsche zwar Weltmeister in der Analyse und im Diskurs von Problemen, aber oft nur Kreisklasse in der Lösung von Aufgaben. Das ist natürlich ganz anders, wenn wir das Dosenpfand einführen oder den Müll sortieren.

Meine Damen und Herren, das Beispiel von Michail Gorbatschow sollte uns ermutigen. Er hat Geschichte geschrieben. Geben wir es nicht auf, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen. Ich bin überzeugt, dass wir die Russen dafür gewinnen können, wenn wir bereit sind, ihre Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen.

Der israelische Ministerpräsident Ben Gurion hat einmal gesagt: Wer keinen Traum hat, ist kein Realist. Wer hat im Oktober 1989 davon zu träumen gewagt, dass Deutschland ein Jahr später wieder vereinigt sein würde? Doch es geschah. Geben wir nicht auf, unsere Welt friedlich zu gestalten, und fangen wir in Europa an!